

Aufwärts

Bezugspreis:

Einzelheft 10 Pfennig. — Preis: vierteljährlich 2,40 Mk.
Außer dem Bestellgeld.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber O. Fargert.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile oder deren Raum 10 Pfg., Stellungs-
zeile 1,00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 282

Bielefeld-Bethel, Mittwoch, den 3. Dezember 1919.

Jahrgang 1.

Über abgrundtiefe Rätsel

Huscht der Mensch mit leichtem Sinne,
Sorglos, wie auf blauen Schländen
Spielt und tanzt die Wasserspinne.
Kannst du, Fremdling, mir, von wannen
Und wohin du fährst, bescheiden?
Und den Zweck des Erdenganges?
Und die Absicht all der Leiden?

F. W. Weber.

Die Wahlen in Frankreich und Italien.

Radikaler Sieg — radikale Niederlage.

In Frankreich, Belgien und Italien haben am letzten Sonntag die Kammerwahlen stattgefunden. In allen Ländern war das Wahlrecht erweitert, und große Wählergruppen, die früher kein Wahlrecht ausüben konnten, wie z. B. die Frauen, durften diesmal zur Wahlurne schreiten. Noch steht das Gesamtergebnis aus allen drei Ländern aus, aber immerhin liegt schon das Resultat in großen Zügen vor, und was noch fehlt, kann an dem Gesamtbild nichts mehr ändern. Dieses Gesamtbild zeigt in Frankreich eine geradezu katastrophale Niederlage, in Belgien einen Erfolg und in Italien einen gewaltigen Sieg der radikalsten Parteien.

In Frankreich sehen wir dieselbe Erscheinung wie bei den englischen Dezemberwahlen im vorigen Jahre: eine riesige nationalistische Welle ging über beide Länder hin, eine natürliche Folge des Sieges. Wenn man schon in England diese Wahlen als Rache-Wahlen bezeichnen konnte, so kann dieser Ausbruch in noch viel größerem Maße auf Frankreich angewandt werden. Wahrscheinlich wird sich auch in der Folge in Frankreich dieselbe Erscheinung zeigen wie in England: daß nämlich die überpatriotische Stimmung sehr schnell verfliegt und der Ragenjammer bald beginnt. Vorläufig glauben die Franzosen immer noch: „Deutschland wird alles zahlen“. Daß der Ruin der deutschen Wirtschaft, wie er durch den Friedensvertrag unausbleiblich geworden ist, auch den wirtschaftlichen Ruin Frankreichs nach sich ziehen wird, wird bald offenbar werden. Denn Deutschland wird nicht alles zahlen können und die Franzosen werden selber zahlen müssen. Und beim Zahlen hört auch in Frankreich die Gemütslichkeit auf.

Sehr bemerkenswert ist jedoch der große Unterschied zwischen dem Wahlergebnis in Frankreich und Italien. In Italien gewannen die Sozialisten etwa 110 Mandate zu ihrem bisherigen Bestand hinzu, in Frankreich, wo die Sozialisten noch 1914 102 Mandate inne hatten, ist ihre Zahl auf 65 gesunken. Gleich katastrophal war die Niederlage der radikal-sozialistischen Partei — diese Bezeichnung ist eigentlich falsch, denn diese Partei ist die alte Cail্লাux-Partei: demokratisch mit sozialistischem Einschlag — die künftighin nur eine machtlose Gruppe in derselben Kammer darstellen wird, wo sie früher allmächtig war. Im ganzen haben künftighin die Sozialisten in der französischen Kammer nur noch ein Zehntel der Gesamtmandate inne. In Italien dagegen nähert sich die Ziffer schon recht sehr der absoluten Mehrheit. — Der Gewinn der Sozialisten in Belgien ist gleichfalls erheblich, wenn auch lange nicht so groß, wie in Italien.

Woher kommt dieser verschiedenartige Ausgang des Wahlergebnisses für die Sozialisten? Beide Länder, Italien wie Frankreich, gehören zu der siegreichen Koalition unserer Feinde. In beiden Ländern gingen die Wogen der nationalen Begeisterung seit dem Waffenstillstand hoch, in beiden hatten die Sozialisten immerhin eine nennenswerte Vertretung in der Kammer, wie auch große Wählermassen hinter sich. In Italien wie in Frankreich, war die Wahlpropaganda der Sozialisten bolschewistisch orientiert, in Italien allerdings stärker als über den Bogen. Und in Italien allerdings stärker als über den Bogen, doch doch dieses Mißverhältnis im Ergebnis beider Länder, doch dieser klaffende Widerspruch?

Die sozialistische Presse scheint sich über die Gründe dieser Klüft selber nicht recht im Klaren zu sein. Ihre Überzeugung malt sich in jedem Artikel, der den Wahlen ge-

widmet ist. Sie steht vor einem Rätsel. Zweifellos ist die Psychologie dieser Wahlen auch gar nicht einfach zu erröden, es dürften dafür eine ganze Anzahl Momente maßgebend sein. Schon während des Krieges zeigte Italien eine viel radikalere Stimmung. Die Lebenshaltung ist dort eine gedrücktere, das Land ist ärmer. Während in Frankreich der kapitalistische Einschlag, das sogenannte Kleinrentnertum auch in der Arbeiterschaft eine große Rolle spielt, lebt in Italien der Arbeiter und kleine Bauer buchstäblich von der Hand in den Mund, und in den großen Industrieorten Italiens steht das Proletariat auf einer zweifellos niedrigeren Stufe als das französische. Schon vor dem Krieg galt der italienische Arbeiter als viel genügsamer als der Franzose, die kommunistischen Ideen fanden naturgemäß dort viel leichter Eingang, als in Frankreich, wo sich der Kommunismus nur auf eine Elite geistiger Führer beschränkt hat.

Der „Vorwärts“ schiebt die Schuld der Niederlage der Eigenbrüder der Sozialisten Frankreichs zu, die sich weigerten, mit der „anständigen wirklich demokratisch gesinnten Cail্লাux-Partei“ gegenüber dem nationalistischen Block eine tragfähige Gegenkoalition zu bilden, wie es bei den letzten Wahlen im Mai 1914 zum gegenseitigen Nutzen geschehen sei. Noch schlimmer sei die Sache geworden durch die Unversöhnlichkeit innerhalb des Sozialismus selber, wo Gruppen zur Abspaltung gezwungen seien, die sich nicht ganz und gar auf die bolschewistische Wahlparole verpflichten wollten. — Zweifellos hat auch dieses Moment an der Niederlage der Sozialisten in Frankreich mitgewirkt, aber allein veranlaßt hat diese verfehlte Taktik den Mißerfolg keineswegs. Auch der Mangel an großen Führern machte sich in Frankreich seit dem Tode Jaurès geltend.

Die nächsten Folgen der Wahlen werden voraussichtlich den Zwiespalt zwischen den Ergebnissen in Frankreich und Italien etwas ausgleichen. Bald wird zweifellos in Frankreich ein Rückschlag eintreten, denn die Lage des Landes ist derart, daß es seines Sieges nicht froh werden wird. In Italien wird die sozialistische Hochflut eine schnellere Entwicklung bestimmen: die Entwicklung der Revolution. Wenn nicht alles trügt, wird Italien das nächste Land sein, das eine politische Umwälzung erleben wird.

Unsere Volksernährung und die Heraussetzung der Arbeitszeit.

Die Preussische Landesversammlung hatte sich am 14. November mit einem Antrag Kessel zu beschäftigen, der Maßnahmen zur Behebung der drohenden Ernährungs-schwierigkeiten forderte. Der Antrag geht von der Tatsache aus, daß infolge des vorzeitigen Frosts und Schneewetters große Mengen von Kartoffeln, Zuckerrüben und anderen Hackfrüchten nicht geerntet werden konnten, deren Rettung bei eintretendem Tauwetter mit allen Mitteln betrieben werden muß. Als Hilfsmittel zur Bergung der restlichen Ernte wurden u. a. gefordert: hinreichende Transportmittel zum schnellen Abtransport der Früchte, Verwendung der zur menschlichen Ernährung unbrauchbaren Kartoffeln zu Brennereizwecken und Belieferung der Trocknungsanstalten und Brennereien mit Kohlen. Als erste Forderung war jedoch die „vorübergehende Heraussetzung der Arbeitszeit“ aufgestellt worden. Die Landesversammlung stimmte dem Antrage mit allen gegen 98 sozialdemokratische Stimmen zu.

In der Nationalversammlung haben inzwischen mehrere Parteien ähnliche Anträge gestellt. Der Antrag des Zentrums weist die Forderung auf, „die Arbeitszeit vorübergehend bis zur Höhe der auszunehmenden Tageszeit herauszusetzen bis zur ganzen Bergung der Hackfrüchternte.“ Die deutsche nationale Fraktion hat sich auf die allgemeine Anfrage beschränkt, was die Regierung zu tun gedenkt, um den durch die Witterungsverhältnisse verschärften Ernährungs-schwierigkeiten zu begegnen.

Es ist natürlich Pflicht der Abgeordneten, nach Mitteln und Wegen zu suchen, die imstande sind, unsere Volksernährung sicher zu stellen und uns vor einer etwaigen Hungersnot zu bewahren. Anträge auf Verlängerung der

Arbeitszeit sind indes ungeeignete Mittel zur Erreichung dieses Zweckes. Dahingehende Beschlüsse haben keinerlei praktische Bedeutung, sie sind nur dazu angetan, die Landarbeiterschaft zu verärgern und widerspenstig zu machen.

Die Arbeitszeit in der Landwirtschaft ist durch die vorläufige Landarbeitsordnung vom 24. Januar d. J. geregelt; sie beträgt in je 4 Monaten des Jahres 8, 10 und 11 Stunden höchstens. Durch Tarifverträge ist vielfach eine kürzere Arbeitszeit eingeführt. Die Landarbeitsordnung sowohl wie die geltenden Tarifverträge sehen aber die Möglichkeit vor, über die vereinbarte Höchstarbeitszeit hinaus überstunden zu leisten. Fast alle Tarifverträge enthalten die Bestimmung, daß überstunden und Sonntagsarbeit verlangt werden können, wenn die Eigenart des Betriebes oder durch höhere Gewalt bedingte Umstände es erfordern. Kein verständiger Landarbeiter verweigert diese Notarbeit jezt, wo es darauf ankommt, die noch in der Erde stehenden Kartoffeln und Rüben vor Eintritt einer längeren Frostperiode zu bergen. Selbstverständlich sind die über die tarifliche Arbeitszeit hinaus geleisteten Arbeitsstunden entsprechend zu vergüten. § 12 der Landarbeitsordnung sagt darüber: „Fütterung und Pflege der Tiere, sowie sonstige naturnotwendige Arbeiten an Sonn- und Festtagen sind solchen Arbeitern, welche diese Arbeiten nicht allgemein vertraglich übernommen haben, als überstunden zu vergüten. Andere dringliche Arbeiten an Sonn- und Festtagen sollen mit mindestens doppeltem Ortslohn im Sinne der Reichsversicherungsordnung vergütet werden.“ § 11 bestimmt über die Bezahlung weiter, daß für eine überstunde „mindestens ein Zehntel des Ortslohnes im Sinne der R.-V.-O. mit 50 vom Hundert Aufschlag“ gezahlt werden müssen. Die Tarifverträge sehen in der Regel einen Aufschlag von 50 Prozent für überstunden und 100 Prozent für Sonntagsarbeit vor.

Rechtlich können also die Arbeitgeber die Leistungen von überstunden- und Sonntagsarbeit zur Ausführung dringlicher, insbesondere Entearbeiten von ihren Arbeitern verlangen unter der Bedingung, daß entsprechend höhere Bezahlung erfolgt. Die Anträge auf Verlängerung der Arbeitszeit rennen mithin offene Türen ein. Man sollte außerdem im Abgeordnetenhaus wissen, daß in der Landwirtschaft zur Zeit eine längere als achtstündige Arbeitszeit praktisch schon deshalb unmöglich ist, weil die Tage zu kurz sind. In der Dunkelheit oder bei künstlicher Beleuchtung kann man weder Kartoffeln lesen noch Rüben roden. Selbst wenn aber die Lichtverhältnisse eine Heraussetzung der Arbeitszeit gestatten, so würden diesbezügliche Beschlüsse der Parlamente unwirksam bleiben, solange nicht die gewerkschaftlichen Organisationen ihr Einverständnis mit der darin liegenden Durchbrechung rechtsverbindlich abgeschlossener Tarifverträge gegeben haben. Daran ist jedoch nicht zu denken. Ebenfalls werden die Landarbeiter freiwillig auf eine Verlängerung der Arbeitszeit ohne überstundenbezahlung eingehen.

Im übrigen sei noch darauf hingewiesen, daß die vorliegenden Ernteschäden stark übertrieben werden. In West-, Mittel- und Süddeutschland sind nach zuverlässigen Berichten weder Kartoffeln noch Zuckerrüben erfroren. Mit dem Roden der Rüben wird in der Regel sehr spät begonnen und es hat in den vergangenen Jahren häufig bis in den Januar hinein gedauert. Auch im Osten werden die Kartoffeln vermutlich noch in guter Beschaffenheit geerntet werden können, wenn mit allen Kräften zugegriffen wird. Das ist allerdings erforderlich, denn man kann nicht wissen, wie lange das jetzige, verhältnismäßig günstige Erntewetter noch anhält. Sched.

Zur „Räumung des Baltikums“.

Von Rechtsanwalt Adalbert Wolff-Dorpat.

Von baltischer Seite geht uns zu dem Aufsatze in Nr. 270 vom 18. 11. 19 ein Artikel zu, den wir wegen der in ihm enthaltenen wertvollen Ergänzungen im folgenden wiedergeben. Er nimmt daran Anstoß, daß wir eine Verständigung Deutschlands mit den baltischen

Randstaaten befürwortet haben. Die Ereignisse der letzten Tage haben freilich unserer Befürchtung Recht gegeben, daß wegen des „Baltikums-Abenteuers“ unserer Truppen an eine solche vorläufig nicht zu denken ist. Trotzdem dürfen wir dieses Ziel nicht aus den Augen verlieren. Die Gründe dafür haben wir angeführt, sie werden auch durch die dankenswerten Ausführungen von baltischer Seite nicht entkräftet. Man mag über Esten, Balten und Litauern denken, wie man will, — und auch wir verstehen den Jörn unserer deutschen Brüder — sie werden sich niemals wieder völlig unter die deutsch-baltische Oberhoheit fügen und darum müssen wir mit ihnen rechnen. Wir dürfen keine Gefühlspolitik treiben. Das haben übrigens die Balten auch nie getan. — Wir bemerken in diesem Zusammenhang, daß es vom politischen Standpunkt gänzlich verfehlt ist, die Trümmern der baltischen Truppen in Schutz nehmen zu wollen. Sie waren nicht „Schirmer der Heimat“, wie in der Presse behauptet ist, sondern haben vielmehr dem Vaterlande unermesslichen Schaden zugefügt. Durch ihre Weigerung in die Heimat zurückzukehren haben sie der Entente Anlaß zu scharfen Maßnahmen gegen uns gegeben: die Ostsee-Blockade, die Schwierigkeiten in der Kriegsgefangenenfrage und die Ablehnung ausländischer Kredite sind mit auf ihr Verhalten zurückzuführen. Man wird die vielfach wohl irriggeführten Truppen bedauern müssen, politisch muß ein dicker Strich zwischen ihnen und uns gezogen werden. D. Red.

Als nach dem deutschen Zusammenbruch Liv-, Est- und Kurland russischen, estnischen und lettischen Bolschewisten wehrlos ausgeliefert waren, die damalige sogenannte Eiserne Division versagte, wurde zur Bildung der baltischen Landeswehr geschritten, nicht nur zum Schutz des Landes, sondern auch zur Abwehr der Bolschewisten von Deutschlands Grenzen. Damals verlangte die Entente vom Deutschen Reich Bekämpfung des Bolschewismus; deutsche Truppen wurden für das Baltikum angeworben, die lettische Regierung Ulmanis, die damals noch nicht bolschewistisch verfaßt war, befürwortete den Zugang deutscher Soldaten und versprach ihnen vertraglich das lettische Bürgerrecht für zeitlich kurz bemessenen Kampf gegen die Bolschewisten; damit war Ansiedlungsmöglichkeit in Lettland (Kurland und Südlivland) gegeben; der Großgrundbesitz hatte ein Drittel seines Landes zu Kriegspreisen für Siedlungszwecke zur Verfügung gestellt. Deutsche Soldaten strömten ins Baltikum, um den Bolschewismus von ihrem Vaterlande abzuwehren und sich eine wirtschaftliche Zukunft zu erstreiten.

An der Seite der baltischen Landeswehr säuberten die deutschen Truppen Kurland und befreiten Riga. Unter dessen war Ulmanis, der nur vorübergehend von dem bürgerlich gekinnten Needra abgelöst war, immer mehr nach links abgerückt. Die Engländer, die die „baltische Gefahr“ höher als die bolschewistische“ einschätzten, bewaffneten und bekamen Esten, Letten, russische Bolschewisten, denen sich auch deutsche Spontakisten angeschlossen hatten, gegen die Landeswehr und die deutschen Truppen; die Niederlage bei Wenden erzwang Preisgabe Rigas durch die Letzten; die baltische Landeswehr mußte sich englischen Oberbefehl unterstellen, da nur zugesichert wurde, daß sie nicht in den Kampf gegen Deutsche und Russen, ausgenommen Bolschewisten, gefährdet werden würde.

Oberst Vermond-Awalow erschien in Mitau, sammelte dort aus russischen Kriegsgefangenen eine Truppe von einigen 1000 Mann, der sich auch reichsdeutsche Soldaten anschlossen. Vermond war kein Reaktionär, wollte Rußland vom Bolschewismus befreien.

General Judenitsch kämpfte auf englisches Geheiß in Ingermanland gegen die Sowjet-Republik; mit nur 15 000 Mann, davon bloß etwa 10 000 Mann Gefechtsstärke, die feindlich gekinnten Esten, die schon einmal bei Pleskau Verrat geübt hatten, im Rücken, unternahm er den aussichtslosen Zug nach Petersburg, fiel in die von England gestellte Falle und ist zusammengebrochen.

Inzwischen erlitt auch Kurlisch eine empfindliche Niederlage und Denikin kann nicht mehr vorwärts. Nunmehr richtete sich die gemeine englische Politik gegen Vermond, dessen Front in der Nähe von Deutschland im Kampf gegen den Bolschewismus die wichtigste war; die „deutschen“ Truppen, auch die Russen gewordenen, mußten

abziehen, und heute stehen wir vor dem noch nicht ganz aufgeklärten Zusammenbruch des russischen Unternehmens in Kurland.

England will den Bolschewismus nicht ausrotten, Rußland soll soweit geschwächt werden, damit England ihm seine wirtschaftlichen Lebensbedingungen vorschreiben kann; dazu gehört auch die Balkanisierung der Randstaaten in Fortsetzung der für Deutschland verhängnisvollen, für England nützlichen Rohrbach-Bethmannschen Randstaatenpolitik. Aber zum Siege der Bolschewisten wird es England nicht kommen lassen, dazu fürchtet es sie zu sehr, so werden wir wohl bald wieder Aufnahme der Offensive gegen Lenin-Trotsky erleben. Durch diese zwiespältige Politik soll auch Deutschland nicht zur wirtschaftlichen Erneuerung kommen; Rußland und Deutschland aufeinander angewiesen, sollen nicht zusammenkommen, die Balten als genaue Kenner beider Länder, die nach Verrats ihres deutschen Traumes die Brücke gegenseitiger Verständigung und Hilfeleistung bilden können und wollen, sollen vernichtet werden, darum Schaffung, bisher nur de facto, nicht de jure, der lebensunfähigen lettischen und estnischen Republiken, deren Bevölkerung zu politischem Größenwahn aufgepeitscht wird zur Vernichtung des Deutschums, deutschen Einflusses. England, das Millionen Inder, zehntausende Buren hingschlehtet hat, schreit vor der Ausrottung der Deutschbalten nicht zurück. Letten und Esten, auch Litauer, bleiben ein Spielball in Englands Händen, die nichts so fürchten, wie Aufrichtung Rußlands, das die Randstaatenpolitik nicht dulden kann und nie vergessen wird, daß Lenins Prätorianergarde aus Letten bestand, zum Teil noch besteht.

Verständigung mit Letten und Esten ist für die Deutschen heute nicht mehr durchführbar, es sei denn um den Preis aller Rechte und ihrer Menschenwürde. Es ist leicht zu urteilen, wenn man die abgrundtiefe Gemeinheit der großen Mehrheit dieser Völkerspitter nicht kennt! Ihre Einbeziehung in zurückliegende Zeit war nicht möglich aus Gründen, die über den Rahmen dieses Artikels hinausgehen. Auch die Reichsdeutschen mögen nie vergessen, daß all die vielen Gausamkeiten an Frauen, Kindern, Kranken, wehrlosen Gefangenen und verwundeten deutschen Soldaten fast ausschließlich von östlichen Letten und Esten verübt worden sind! Man passiert nicht mit Gegnern, die sich als außerhalb der Menschenrechte erwiesen haben, abgesehen davon, daß diese „Gegner“ Verträge nicht halten würden.

Wir glauben an eine strafende Gerechtigkeit, sind der Überzeugung, daß diesmal Albions Pläne zuwanden gehen werden. Die Erneuerung Rußlands kann verzögert, wird aber nicht verhindert werden.

Die Deutschbalten haben infolge der Russifizierungspolitik antirussische Politik getrieben, Wahrung ihrer deutschen Kulturrechte stand auf dem ersten Plan. Heute sehen sie ein, daß sie der deutschen Demokratie, die vor allem Niederrückung des Zarenismus als solchen auf ihre Fahne geschrieben hatte, in die Hände gearbeitet haben; sie glaubten an Deutschlands Sieg nach Osten und Westen, waren beherrscht von der russischen Gefahr, hofften ihre Heimat nach 700 jähriger erfolgreicher Behauptung, das Erbe ihrer Väter, dem deutschen Volk zuzuführen, erkannten zu spät, daß England Deutschlands Feind, der Feind Europas ist.

Die Hoffnung auf Rückkehr in ihre Heimat geben sie nicht auf, darauf ist ihr Sinnen und Trachten, ihr Kampf gerichtet.

Sozialdemokratische „Freiheit“ und „Brüderlichkeit“.

Der „Deutsche Metallarbeiter“, das Organ des christlich-nationalen Metallarbeiterverbandes, berichtet darüber in seiner Nummer vom 29. November:

„Bei der Firma W. Berg, Lüdenscheid, Altenaerstr., ist ein schönes Musterbeispiel sozialdemokratischer Kollegialität vorgekommen, das der Öffentlichkeit nicht vorzuenthalten werden darf. Bei dieser Firma arbeiten 13 Schleifer im Afford seit längerer Zeit zusammen. Zehn davon sind im Deutschen Metallarbeiterverband und drei anders organisiert. Vor ungefähr vier Wochen stellten die im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten an

die drei anderen Arbeiter das Ansuchen, entweder abzutreten, oder aus der Kolonne auszuscheiden. Zwei dieser Arbeiter fielen auf den Leim der Gefinnungstüchtigen herein und traten zum Deutschen Metallarbeiter-Verband über. Einer der christlichen Kollegen lehnte den Übertritt ab. Der Arbeitertausch ließ sich leider ohne Erfolg für die Einordnung der Sache ins Zeug. Daraufhin war am Samstag eine Sitzung der Schleifer dieser Firma anberaumt. Einwandfrei wurde dort festgestellt, und ausdrücklich erklärt, daß an ein ferneres Zusammenarbeiten nur dann zu denken sei, wenn der Betreffende aus dem christlichen Metallarbeiter-Verband austräte. Es könnte ihnen nicht zugemutet werden, mit anders Organisierten zu arbeiten, und müßte dahin gearbeitet werden, die ganze Organisation einheitlich zu gestalten. Also nur die Zugehörigkeit zur christlichen Organisation ist diesen Freiheitswählern ein Hindernis. Die Abstimmung, die vorgenommen wurde, zeigte das selbe Bild. Von zehn Anwesenden stimmten acht gegen ein ferneres Zusammenarbeiten, einer enthielt sich der Abstimmung. Öffentlich werden unsere christlichen Arbeiter auch aus diesem Vorgehen die Lehre ziehen, und sich dahin wenden, wo die Überzeugung Andersdenkender in anderer Weise geachtet wird. Den anderen Herren möchten wir aber heute zurufen: Wir sind auch noch da und fordern, daß auch im neuen Vaterlande, wo jedem die Revolution angeblich Freiheit brachte, diese Freiheit von den wahren Freiheitshelden auch gewährleistet wird. Wir fordern unser Recht und werden es uns zu erkämpfen wissen. Schade um die Arbeiterschaft, deren Einheit wegen einiger überspannter Köpfe in systematisch untergraben wird.“

Ein ähnlicher Fall ist in Althaldensleben passiert. Der dortige Ortsgruppenvorsitzende des christlich-nationalen Landarbeiterverbandes, der frühere Sozialdemokrat war, wurde von dem Gutsbesitzer v. Madenfen entlassen, weil die sozialdemokratische Mehrheit seiner Arbeiter sich geweigert hatte, mit dem als tüchtigen Arbeiter bekannten Manne weiterhin zusammenzuarbeiten.

Diese Beispiele beweisen, daß wir in der deutschen Republik von wahrer Freiheit noch weit entfernt sind und daß gerade diejenigen sie am meisten mißachten, die in Versammlungen und Umzügen von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ triefen.

Einheitliche Justizreformen.

Eine Konferenz der einzelstaatlichen Justizminister.

Wann die Vereinheitlichung im Finanz- und Verkehrsweisen schon weit vorgeschritten ist, soll nun der Gedanke der Einheit auch auf dem Gebiete der Justiz verwirklicht werden. Tatsächlich ist das Reich im Laufe der Jahre fast ausschließlich der gesetzgebenden Faktor gewesen, während die Ausführung der Gesetze den Einzelstaaten zufiel. Diese Entwicklung soll, wie der Reichs-Justizminister Schiffer auf einer Konferenz mit den einzelstaatlichen Justizministern ausführte, beschleunigt werden.

Neben der einheitlichen Gesetzgebung handelt es sich nach den Mitteilungen des Reichsjustizministers vor allem um die ganzen Beamtenfragen (bis auf das Reichsgericht) und die Durchführung der Behördenorganisation. Einen Einheitsstaat nach französischem Muster strebe man nicht an. Aber es ginge eigentlich kaum, daß wie es heute der Fall sei, 150 Minister in Deutschland vorhanden seien. Das sei zu kostspielig und auch zu schwerfällig. Ein Versuch zu einem materiellen Ausgleich in den Justizfragen zu kommen, stellt die Konferenz des Reichsjustizministers mit den Vertretern der Einzelstaaten dar. Man einigte sich auf gewisse Richtlinien für gesetzgebende Aktionen, die erst nach der Zustimmung des Parlaments bedürfen.

Erhöhte Zuständigkeit der Amtsgerichte.

Zunächst beschäftigte man sich mit der Zuständigkeit der Amtsgerichte, die durch Reichsangelegenheiten auf Objekte bis zu einem Werte von 600 Mark beschränkt ist. Durch die Entwertung des Geldes haben sich hier die Verhältnisse völlig verschoben.

Die Tätigkeit der Amtsgerichte geht dauernd zurück, während die Landgerichte in Arbeit ersticken. Die Konferenz hat sich nun sehr schnell dahin geeinigt,

endlichen Rückkehr innerlich wieder zurecht zu helfen. (Die Schriftleitung.)

Gruß an die noch Gefangenen.

Melodie: Ich hab' mich ergeben.

Gefangene Brüder,
Der Heimat so fern,
Die goldne Freiheit wieder
Euch brächten wir so gern!

Die Hoffnung laßt grünen —
So Gott es beliebt —
Bald ist der Tag erschienen,
Der euch die Heimat gibt!

Der Glaube nicht wanket:
's wird alles noch gut;
Und Gott ihr mit uns danket,
Der große Dinge tut.

In Liebe bewahren
Wir fest euch die Treu',
Bis ihr nach Trennungsjahren
Uns seid geschenkt aufs neu'.

Und kehrt ihr voll Freude
Zum heimischen Herd,
Helft, daß aus schwerem Leide
Uns doch noch Segen werd'.

H. L. Jupp.

Allerheiligen hinterm Stachelndraht.

Über die verzweifelte Stimmung in der sich unsere Gefangenen in Frankreich befinden, gibt nachstehender erschütternder Brief, den uns ein Freund unseres Blattes zur Verfügung stellt, Aufschluß:

„... da aber heute Allerheiligen ist, und wir nicht arbeiten, will ich die Gelegenheit benutzen, Dir auch mal ein Brieflein zu schreiben. Ja, Allerheiligen! Ist das nicht direkt ein Anstich von unserer Lage aus gesehen? Man soll dem Gott danken, der uns in den Krieg geführt hat, der uns das Elend geschickt hat, der uns Gefangene hungern ließ, daß sich der Magen im Leib drehte. Da konnte man Stundenlang heulen: „Unser täglich Brot gib uns heute“, er hat uns Dreck fressen und in Hunger, Schmutz, Kälte und Pläusen umkommen lassen. Er hat angesehen, wie wir geschlagen und bespuckt wurden, er sieht noch zu, wie unsere Freiheit vergewaltigt wird, wie sich jetzt im Frieden noch Tausende in harter Fronarbeit für einen Hundelohn in täglichen Lebensbedingungen, in schlechtem Schuhwerk, schlechter Bekleidung, in Verhaftungen, die nachts die Temperatur und Zugluft eines Hundestalles haben, für unsere Bedrücker abmühen müssen, fern von der Heimat, fern von den Lieben, in einem freudlosen, kalten Leben, hinter Stachelndraht und bei geladenem Gewehr. Wir alle diese Betrachtungen erbittern, stellst Du Dir kaum vor. Abends, wenn man nach der Arbeit müde, und wie jetzt fast stets durchnäßt nach Hause kommt, dann haben wir die schlimmste Tageszeit. Die Alten, die eine Familie haben, sitzen auf ihren Betten und weinen, die jüngeren fluchen

auf Gott und Welt und Teufel. Früher hörte man schon mal ein frohes Lied, jetzt ist alles still und trübe, Zuchtshaus ist in mung!

Ja, wenn wir auch Häusler wären und wüßten, was wir verbrochen hätten! Das ist ja eben das elende. Tausende von Christen sind vernichtet, Familienbande zerissen, hoffnungsvolle Zukunftspläne umgeworfen, und deswegen dies alles? Wer glaubt da noch an eine göttliche Weltordnung? Hier niemand mehr. Wenn ich an mich selbst denke, wird mir Angst vor der Zukunft. Im Kriege habe ich in der kurzen Zeit viel mitgemacht, wie auch in der ersten Zeit der Gefangenschaft, aber so wie diese letzte Zeit meine Nerven mitgenommen hat, jetzt mich selbst in Schrecken. Diese Lügen, die daran verknüpften Hoffnungen und dann stets wieder diese elenden Enttäuschungen. Aber fast alle sind so, und Du glaubst gar nicht, wie aufregend das für uns ist. Wären wir nur aus Frankreich inaus! Der Herr, der sich jetzt sammelt, ist wohl nicht wieder so leicht zu vertreiben! Und nun rückt Weihnachten heran, das Fest der Liebe! — Rächerlich! Ja, für die, die dieses Fest noch hier erleben müssen, wird dieses Fest durch einen Schwur gefeiert, der sich gerade nicht nach christlicher Liebe richtet.“

Der vorliegende Brief zeigt die Verzweiflung, die die furchtbare äußere und innere Not unsere gefangenen Brüder allmählich gebracht hat. Es ist da eine Saat gelegt, deren Aufgehen der Welt nichts weniger als Frieden bringt. Der Brief zeigt aber auch, welche Aufgaben der Heimat harren, diesen unglücklichen Menschen nach ihrer

die 31. Stand
11prozent
folge davon
der Kaufmann
verbeugende
Bon der
christlichen W
fremd kann
ren Beamtenkl
isch wird man
machen in der
er über 65 J
Mit geeignet
und die Ruhe
kommt.

Was die
begehrte de
allen höherer
Die Zeit zu
sichtlich bald
aber nur mög
der Richter.

Der „Bu
ein Ende geme
verfassung d
den. Die Ko
auch die Titel
Es solle fort
Oberlande
richtsrate
sen die Tite
kurat, Geh.
und der Stad
den sei die F
solle, die die
Frage: Je offe
anwalt bestehn
in den Minist
und der Unter
ren. Die Tit
Beamtens hab
abhängende
holle. Nur
den, die vie
„Gerichtsfie
nung zu erse
was man hier
allen und
tun müssen

Der M
Die Vor
soll in einem
geschaffen wir
dazu werden
dum, sonder
erklären. Ei
Meinendare
Beitrag des
aufrichter zu
Voraussetzung
schwierigen.
bezügigt dazu
Pflanzverleib
ohne Mithilf
bildung best
fen plant, d
ferendare
abzuhegen.
zum jurist
Man hat sich
juristischen B
zugulassen.

Der Min
fung des
der unerf
die seit dem
Er beabsichti
die Verurteil
mensenn
lahen. Er n
richteten, daß
lichkeit durch
meinen Berad

Gewalt

Die E
Kein Tag
konferenz“ od
litär-kommiss
deutsche Volk
zu lassen un
brechen. Zwar
mehr oder m
ren „Eieger“
darüber hinv
nen ganz i
Bezeichne
cers der all
schen General
Admiral Doy
teilung, die
in Remei
haben
vor Men.
ben. In sein
Falle ernster
Stadt von
Admiral
gratwortet,
ren Durchfüh
ferstillsand
stehen würde.
auf die der
Ueberrachung
schranken und
deutschem Vo
läßen. Die
in Meinel her

entweder über-
schneidet. Zwei
der Gefinnungs-
utischen Metall-
tlichen Kollegen
ischuß legte sich
der Sache ins
ine Sitzung der
ischuß wurde
t, daß an ein
zu denken sei,
Metallarbeiter
jugemutet wer-
n, und müße da-
ifikation einheit-
gkeiten die Lehre
die Überzeugung
stet wird. Den
e zuzufügen: Wir
im neuen Vater-
geblisch Freiheit
Freiheitsheiden
unser Recht und
habe um die Ar-
her überpannter
aldensleben
de des christlich-
frühere Sozial-
er v. Madensen
rbeit seiner Ar-
beiten.
in der deutschen
ntfernt sind und
hten, die in Ver-
leichheit und
ormen.
en Jutiz-
n Finanz- und
n ist, soll nun
auf dem Gebiete
ich ist das Reich
er gesetzgebende
ung der Gesetz-
elung soll, wie
einer Konfe-
ntisten an-
handelt es
ustizministern
agen (bis auf
ng der Verhö-
ch französischem
ginge eigentlich
150 Minister
Das sei zu so-
in Versuch zu
ustizfragen zu
ustizministern
ar. Man einige
geheirliche Al-
des Parlaments
gerichte.
der Zuständig-
ichgesetzgebung
600 Mark be-
s Geldes haben
haben.
ht dauernd zu-
it ersticken. Die
dahin acclimat.

die Zuständigkeit der Amtsgerichte im Ri-
prozesse auf 1200 Mark zu erhöhen. Die
folge davon wird sein, daß die Zuständigkeit auch
der Kaufmannsgerichte auf 600 Mark und der Ge-
werbegerichte auf 200 Mark erhöht wird.
Von der Einführung von Altersgrenzen für die
richterlichen Beamten wurde zunächst abgesehen. Diese
Frage kann nur im Zusammenhange mit den ande-
ren Beamtenklassen geregelt werden. Sehr wahrschein-
lich wird man dann bei den Richtern eine Ausnahme
machen in der Erwägung, daß ein Richter, auch wenn
er über 65 Jahre alt wäre, noch durchaus für sein
Amt geeignet ist, da die Erfahrung seines Alters
und die Ruhe des Urteils der Rechtspflege zugute
kommt.
Was die Befoldung der Richter betrifft, so
bezeichnete der Reichsminister die Gehälter wie bei
allen höheren Beamten als durchaus unzureichend.
Die Zeit zu einer Befoldungsreform werde voraus-
sichtlich bald kommen. Eine höhere Befoldung sei
aber nur möglich bei einer Verminderung der Zahl
der Richter.

Die Abschaffung der Titel.

Der „Buntschädigkeit im Titelwesen“ soll
ein Ende gemacht werden. Nach Artikel 109 der Reichs-
verfassung dürfen Titel nicht mehr verliehen wer-
den. Die Konferenz hat sich dahin geäußert, daß
auch die Titulaturen im Richterwesen aufhören sollen.
Es solle fortan nur Amtsrichter, Landrichter,
Oberlandesgerichtsräte und Reichsge-
richtsräte geben. Es sollen künftig fortfal-
len die Titel: Amtsgerichtsrat, Landgerichtsrat, Zu-
satzrat, Geh. Oberjustizrat, auch bei den Anwälten,
und der Staatsanwaltschaftsrat. Noch nicht ent-
schieden sei die Frage, wie es mit denen gehalten werden
solle, die die Titel heute bereits führen. Auch die
Frage: Ist offen gelassen worden, ob der Titel Staats-
anwalt bestehen bleiben solle. Die Vortragenden Räte
in den Ministerien würden den Titel „Ministerialrat“
und der Unterstaatssekretär den Titel „Staatsrat“ füh-
ren. Die Titelfrage bei den mittleren und unteren
Beamten habe man noch nicht erörtert, da man erst
hinreichende Vorschläge der Einzelstaaten abwarten
müsse. Nur darüber sei man sich schlüssig gewor-
den, die vielfach beanspruchte Funktionsbezeichnung
„Gerichtsschreiber“ durch eine farblosere Bezeich-
nung zu ersetzen. Im übrigen könne er sagen, daß
was man hier in der Justiz durchführe, man auch in
allen anderen Verwaltungszweigen werde
umsetzen.

Der Reform der juristischen Ausbildung.

Die Vorbildung und Ausbildung der Juristen
soll in einem Ausschuss, der im Reichsjustizministerium
geschaffen wird, besprochen werden. Die Vorarbeiten
dazu werden sich nicht nur auf das Universitätsstu-
dium, sondern auch auf die praktische Ausbildung
erstrecken. Eine wichtige Frage dabei ist, wann die
Referendare als fähig erklärt werden sollen, um als
Beisteller des Anwalts im Straf- und Zivilprozeß
aufzutreten zu können. Man beabsichtigt dafür als
Voraussetzung eine anderthalbjährige Referendanzzeit
festzusetzen. Aber das Oberlandesgericht muß ihn erst
befähigt dazu erklären. In derselben Weise soll die
Pflichtverteidigung, zu der heute jeder Referendar
ohne Rücksicht auf die Dauer seiner praktischen Aus-
bildung bestellt werden kann, geregelt werden. Preu-
ßen plant, die Vorbereitungszeit der Re-
ferendare von vier auf drei Jahre her-
abzusetzen. Auch die Zulassung der Frau
zum juristischen Beruf ist besprochen worden.
Man hat sich zunächst dahin geeinigt, sie zur ersten
juristischen Prüfung, also zum Abschluß des Studiums,
zuzulassen.

Der Minister wandte sich dann der Bekämp-
fung des Buchers, des Schiebertums und all
der unerfreulichen demoralisierenden Erscheinungen zu,
die seit dem Kriege zum Vorschein gekommen seien.
Er beabsichtigt auch dem Parlament Denkschriften über
die Beurteilungen wegen Bucher mit voller Na-
mensnennung des Beurteilten zugehen zu
lassen. Er werde auch sein Hauptaugenmerk darauf
richten, daß alle diese unsauberen Elemente nach Mög-
lichkeit durch Veröffentlichung ihrer Namen der allge-
meinen Verachtung preisgegeben werden.

Gewalt und abermals Gewalt!

Die Verletzung von Memel angeht.

Kein Tag vergeht, ohne daß nicht die „Friedens-
konferenz“ oder ihre Organe, die selbstherrlichen Mi-
nistralkommissionen, neue Mittel erfinden, um das
deutsche Volk seine Ohnmacht immer wieder fühlen
zu lassen und jeglichen Widerstand rücksichtslos zu
brechen. Zwar sind die Befugnisse dieser Kommissionen
mehr oder minder festgelegt: das hindert die Her-
ren „Sieger“ jedoch nicht, sich in lärmender Schwünge
darüber hinwegzusetzen und sich Rechte anzumaßen, die
ihnen ganz und gar nicht zukommen.

Bezeichnend hierfür ist das Verhalten des Rät-
lers der allierten Baltikumkommission, des französi-
schen Generals Kessel. In einem Schreiben an den
Admiral Hopmann macht er von Drohungen Mit-
teilung, die Teile von Vermonttruppen gegen die
in Memel stationierten alliierten Offiziere aus-
gesprochen haben sollen. Danach sollen sich diese auf die
Vor Memel liegenden Entensdörfer zurückgezogen ha-
ben. In seiner Mitteilung droht General Kessel im
Falle ernstlicher Zwischenfälle, das Feuer auf die
Stadt von den Schiffen zu eröffnen.

Admiral Hopmann hat hierauf General Kessel
geantwortet, daß er gegen derartige Drohungen, be-
sonders die Durchführung im schroffen Widerspruch zum Ver-
tragsstand und zu den Satzungen des Völkerrechts
stehen würde, protestieren müsse und ihn ersucht, sich
auf die der Interalliierten-Kommission zugehörigende
Überwachung und Räumung des Baltikums zu be-
schränken und die Aufrechterhaltung der Ordnung auf
deutschem Boden den deutschen Behörden zu über-
lassen. Die erforderlichen Maßnahmen, um Ordnung
in Memel herzustellen, sind getroffen. U. a. sind die

Einwohnerwehren des nördlich des Memelgebietes lie-
genden preussischen Gebietes zur Verstärkung des
Grenzschutzes und der Grenzpolizei sowie zur Auf-
rechterhaltung der Ruhe und Ordnung aufgebildet wor-
den. Die Drohung des französischen Generals hat
die deutsche Regierung veranlaßt, entsprechende Schritte
hinsichtlich der Memel in Paris einzuleiten.

Nur Erfolg wird die Regierung kaum hoffen dür-
fen, denn die Entente wird kaum ein Wort der
Mißbilligung für die Handlungen ihrer Organe fin-
den, zumal sie ja genau ebenso rücksichtslos vorgeht.
Trotzdem stellt der Oberste Rat neue Forderungen
auf, alles auf Kosten des guten deutschen Michels,
er kann ja zahlen. In Süd- und Mittelamerika lie-
gen etwa 44 deutsche Tankschiffe, die mit geringen
Ausnahmen so reparaturbedürftig sind, daß sie un-
möglich gebraucht werden können. Was beschloß der
Oberste Rat? Diese Schiffe sollen nach deutschen
Häfen geschleppt und dort kostenlos durch die Deut-
schen wiederhergestellt und dann an die Entente aus-
geliefert werden.

Eine Gewaltmaßnahme schlimmer Art ist auch
die Entschiffung derer, deren Widerstand so gut wie
bedeutungslos sind. Für die größeren Schiffe ist die
Ezerte unverändert geblieben. Seit Auslösung der
politischen Lage durch die Verletzung der deutschen
Regierung die verlangten Schadenersatzansprüche für
die Verletzung der deutschen Kriegsschiffe durch Aus-
lieferung von 400 000 Tonnen Schwimmdocks usw. zu
befriedigen, ist kein einziger Zahlungsbetrag erteilt
worden. Die Absicht des Verbandes geht offenbar
dahin, uns gerade die Ereignisse abzuwürgen. Es
liegen jetzt in Schweden so viele Erzmengen bereit,
daß ihre Anfuhr direkt eine Auflebensmaßnahme
für unsere Hüttenindustrie bedeuten würde.

So reicht sich eine Gewaltmaßnahme an die an-
dere und noch ist kein Ende abzusehen. In London
finden dieser Tage Beratungen der Großmächte über
die Lage statt, die sich durch den Widerstand Deut-
schlands ergeben hat. Man wird sich auf die verschiede-
nen Gewaltmaßnahmen, u. a. die verhängten militä-
rischen Sicherheiten des Marichalls noch gefast machen
dürfen. Soweit bis jetzt verlautet, beabsichtigt die
deutsche Regierung keineswegs, die Erfüllung der letz-
ten Forderungen in Erwägung zu ziehen.

Preuß. Landesversammlung.

In der Montag-Sitzung der Preussischen Landes-
versammlung wurde der sozialistische Antrag auf Kom-
munistisierung der Charlottenburger Wasserwerke durch
Reichsgesetz gegen die Stimmen der Deutschnationalen
und Deutschen Volkspartei angenommen.

Der Antrag Adolph Hoffmann (U. Soz.) auf Kom-
munistisierung und Verstaatlichung des Kinematogra-
phenwesens wird dem Ausschuss überwiesen.

Zwangswirtschaft für Zucker.

Abg. v. Kessel (Nat.) begründet einen Antrag
auf Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker. Die
Produktion muß im Interesse der gesamten Volks-
wirtschaft gehoben werden. Die Aufhebung der Zwangs-
wirtschaft hätte sofort eine Vermehrung der Anbaufläche
zur Folge, allerdings würde der Zuckerpreis, wenn
auch meiner Ansicht nach nicht erheblich, in die Höhe
gehen. Die Wirkung der Produktionssteigerung würde
auch eine bessere Fleisch- und Milchversorgung und eine
Hebung der Baluta infolge der Zuckerausfuhr mit sich
bringen. Allerdings würde eine sofortige Aufhebung
der Zwangswirtschaft katastrophal sein.

Mit dem Antrag verbunden wird die Beratung
der förmlichen Anfrage Kaule (Str.) über die Sicher-
ung der Zuckerverzehrung.

Abg. Kaule (Str.): Zuckerverzehrungspreis wie Zucker-
verkaufspreis müssen heraufgesetzt werden. Die ver-
ringerte Erzeugung von Zucker gibt zu größtem We-
denen Anlaß.

Unterstaatssekretär Peters: Der Zuckerpreis soll
für die gegenwärtige Kampagne erhöht werden.

Abg. Langer-Cunnersdorf (Soz.): Wenn wir den
Zuckeranbau fördern wollen, so müssen wir die Preise
für Zuckerrüben erhöhen. Bei Freigabe des Zuckers
würden die Preise unerschwinglich werden.

Abg. Jastob-Maffaus (Str.): Man sollte die Preise
rechtzeitig den Produzenten mitteilen.

Abg. Heid (D. Rp.): Bei den teuren Düngemitteln
kann kein Landwirt seinen Boden anbauen, wenn ihm
zu niedrige Preise vorgeschrieben werden.

Abg. Kimpel (Dem.): Solange Not im Lande ist,
kann die Zwangswirtschaft nicht aufgehoben werden.
Nur wenn sie allgemein aufgehoben wird, sind wir
für Aufhebung. Zucker, der rationiert werden kann,
ist noch vorhanden.

Abg. Marquardt (U. Soz.): Alle Produkte, für die
die Zwangswirtschaft aufgehoben ist, sind teuer und
für die ärmere Bevölkerung geradezu unbezahlbar ge-
worden.

Der Antrag v. Kessel wird dem Landwirtschafts-
ausschuss überwiesen.

Es folgt ein demokratischer Antrag auf Neuorga-
nisation der Medizinalverwaltung: Die Kreisärzte sollen
hinfort von den Kreisen selbst gewählt werden, außer-
dem sollen in jedem Kreise mehrere Kommunalärzte
gewählt werden, die die gesamte Gesundheitsfürsorge
zu übernehmen haben.

Abg. Dr. Schumann (Dem.) begründet, Abg. Dr.
Bayer (Soz.) unterstützt den Antrag, der einstimmig an-
genommen wird.

Bei der Besprechung einer Zentrums-Anfrage über
die Behandlung des Handwerks im Reich und Rheinland
fordern alle Parteiführer größere Zuweisung von Wob-
stoffen.

57 Bittschriften werden ohne Aussprache erledigt.
Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Dienstag 12 Uhr: Kleine Anfragen, Selbständigkeit
der Provinzialverbände, Gesandtschaften beir. Groß-
Berlin.

Schluß 6,40 Uhr.

Deutsches Reich.

— Reichsminister des Innern Koch hielt in der Bun-
desversammlung der Beamten eine weitläufige ausgenom-
mene Rede, worin er gegen das Streikrecht, im übrigen
aber für die Aufbesserung der Lebensverhältnisse der
Beamten eintrat.

— In München wurde eine Königs-Partei gegründet.
Die Gründungsversammlung war von 250 Delegierten aus
allen Gegenden Bayerns besucht.

— Mit Rücksicht auf die zwischen der preussischen und
der Reichsregierung schwebenden Erörterungen über die künf-
tige Gestaltung des Titelwesens auf Grund des Artikels
109 der Reichsverfassung ist die weitere Verleihung des
Professortitels in Preußen einstweilen eingestellt
worden.

— Die zuständigen Behörden beabsichtigen, infolge der
Verkehrsschwierigkeiten die Zeichnungsfrist für die
Spar-Prämienanleihe um eine Woche zu verlän-
gern. Ein endgültiger Beschluß darüber ist noch nicht gefaßt.

— Im englischen Unterhause erklärte Lloyd George,
daß die Viste der von der deutschen Regierung auszuführenden
und unter Anlagung gestellten Personen in den näch-
sten Tagen abgeschlossen sein werde.

— In einem Aufruf der sozialdemokratischen Partei
Deutschlands wird die deutsche Arbeiterschaft aufgefordert,
sowie überall in den Einwohnerwehren einzutreten.

— Bei den Jenaer Gemeindevahlen wurden
für die Liste der Deutschnationalen Volkspartei und der
Deutschen Volkspartei 6800 Stimmen, für die demokratische
Liste 3700, für die sozialistische Mehrheitspartei 6700, für
die Unabhängigen 3900 Stimmen abgegeben.

Die Verhörung der ausgelieferten Flotte. Laut
einem Pariser Telegramm des „Secolo“ hat im Ober-
sten Rat der Verbündeten der englische Vorschlag,
die feindlichen Kriegsschiffe zu vernichten, den
Sieg davongetragen, hauptsächlich unter dem Eindruck
der Vorfälle von Scapa Flow. Nachdem die deutsche
Flotte größtenteils zerstört ist, soll auch die ehemals
österreichisch-ungarische Flotte zerstört werden. Zuerst
sollen die Schiffe in den folgenden Verhältnissen ver-
teilt werden: England 70 Prozent, Frankreich und Ita-
lien je 10 Prozent, Japan 8 Prozent, die Vereinig-
ten Staaten 2 Prozent. Die Schiffe werden den ein-
zelnen Staaten übergeben und von diesen abgebrochen.
Rumänien, Portugal und Griechenland, welche je einen
Torpedojäger verloren haben, sollen entschädigt wer-
den. Die Verluste der deutschen Flotte bei Scapa
Flow werden England zur Last geschrieben. Italien
und Frankreich werden außerdem noch je fünf leichte
Kreuzer und zehn Torpedojäger erhalten. Ferner wer-
den jeder einzelnen Großmacht ein Panzerschiff, ein
leichter Kreuzer und drei Torpedoboote als Modelle
zum Studium zugeteilt werden, die aber innerhalb
eines Jahres vernichtet werden müssen. Sämtliche
deutschen Unterseebote sollen zerstört werden bis
auf 10, die der französischen Marine zugeteilt wer-
den sollen.

Erwerbslosenfürsorge und Volksabstimmung.
Von einzelnen Landesregierungen ist angeordnet wor-
den, daß denjenigen unterstützten Erwerbslosen, die
an den Volksabstimmungen in den Abstimmungsgebie-
ten teilzunehmen berechtigt sind, für die notwendige
Dauer der Teilnahme die Erwerbslosenunterstützung
weiter gezahlt werden kann, wenn sie eine Beschei-
nigung des Gemeindevorstandes des Abstimmungsortes
über die erfolgte Teilnahme an der Abstimmung be-
bringen. Am Einverständnis mit dem Reichsarbeits-
minister hat der Preussische Minister für Volkswohl-
fahrt diese Regelung für durchaus sachgemäß erklärt
und die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten
um möglichst ausgedehnte und rasche Befanntschaft die-
ses Standpunktes ersucht.

Die internationale Arbeiterkonferenz in Was-
hington hat beschlossen, Kindern unter 14 Jahren
jegliche Arbeit zu verbieten, es sei denn in Familien-
betrieben. Eine jährliche Prüfung der Betriebe vom
hygienischen Standpunkt aus wird eingeführt. Außer-
dem wurde beschlossen, jeder Regierung die Verpflich-
tung aufzuerlegen, Arbeiterinnen im Wochenbett drei
Monate Gehalt sicherzustellen. — Die deutsche Dele-
gation für die Internationale Arbeiterkonferenz in
Washington hat an diese Konferenz einen Funkspruch
gerichtet, in dem sie besonders feststellt, daß von
deutscher Seite alles geschehen ist, um bei den Ver-
handlungen vertreten zu sein, und daß nur die Un-
günst der Verhältnisse diese Absicht vereitelt hat. Die
deutsche Delegation sei überzeugt, daß ihr Fernbleiben
unter diesen Umständen weder von der Konferenz
welt noch von der Arbeiterschaft der Welt mißdeutet
werde. Deutschland habe in den letzten Jahrzehnten
und namentlich seit Einstellung der Feindseligkeiten
im Wege der Gesetzgebung und Verwaltung außeror-
dentliches für die Wohlfahrt der arbeitenden Klassen
seines Landes getan. Das gelte vornehmlich auch für
die Gebiete, die den Gegenstand der Verhandlungen
in Washington bilden.

Gegen den Zuzug von Ausländern wendet sich
folgende Anfrage des Zentrumsabgeordneten Jand an
die Reichsregierung: Die Wohnungsnot in den
Städten wie in den kleineren Orten ist überall noch
gleich groß, obwohl vom Reich, von den Ländern
und den Gemeinden viele Millionen zur Schaffung
neuer Wohnungen aufgewendet wurden. Der Grund,
warum keine Besserung verspürt wurde, liegt nach
Angabe von Kreisen, die sich eingehend mit der Sache
beschäftigt haben, darin, daß aus dem Ausland, beson-
ders aus den Ostländern, Tausende zu uns einwan-
derten. Ein Bericht spricht davon, daß in allerletzter
Zeit 60 000 Galizier eingewandert sind, davon in-
nerhalb zwei Wochen allein 9000 nach Frankfurt.
Durch Einwanderungen in Massen kann keine Linder-
ung der Wohnungsnot eintreten, und es besteht die
Gefahr, daß deutsche Familien aus ihren Wohnungen
verdrängt werden. Ist die Regierung bereit, Maßnah-
men zu treffen, die dahin gehen, daß erst dann Aus-
länder Wohnung erhalten, wenn die deutsche Bevölke-
rung menschenwürdig untergebracht ist?

Der Parteitag der Unabhängigen trat am Sonn-
tag in Leipzig zusammen, etwa 600 Delegierte hat-
ten sich eingefunden. Die eigentlichen Verhandlungen
nahmen Montag ihren Anfang. Zunächst erstattete der
Parteisekretär und frühere Volksbeauftragte Dittmann
Berlin den Geschäftsbericht der Parteileitung. Die
Zahl der Mitglieder in ganz Deutschland ist von
300 000 im März auf dreiviertel Millionen
im November gestiegen. Der neue Parteimitarismus
lasse immer neue enttäuschte Proletariatsmassen
in die Partei hineinfluten. Dittmann schildert dann
die Kämpfe der letzten Monate. Durch das entschie-
dene Eintreten für die revolutionären Kämpfer (1)
hätten sich die Unabhängigen in steigendem Maße
das Vertrauen aller Revolutionäre erworben. Die
Partei werde weiter ihre Aufgabe darin erblicken,
alle deutschen Revolutionäre im Sinne der Partei
auf dem Boden des Kampfes zu veram-
meln.

Rundschau im Auslande.

† Clemenceau hat beschlossen, lediglich die Eisafahrt der Dampfschiffe 1919 in Frankreich Dienst tun zu lassen, und zwar nur fünf Monate vom 15. Januar 1920 an.

† Infolge des Kohlenmangels hat der Pariser Volksrat beschlossen, bis auf weiteres eine starke Einschränkung des Kohlenverbrauches angeordnet.

† Wie der „Corriere della Sera“ mitteilt, beauftragte der Papst den Erzbischof von Paris, Kardinal Amette, von der französischen Regierung größere Entgegenkommen in der Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen zu erbitten.

† König Ferdinand von Rumänien befragt sich in einer Vorstudie an die Staatsverträge von Frankreich, England und Italien über die Behandlung der kleinen Länder während der Friedensverhandlungen zu Teil nehmen zu lassen.

† Die Volksabstimmung im Teschener Gebiet wird in der ersten Hälfte des Monats April 1920, um einige Tage später als in Oberschlesien, durchgeführt werden. Dadurch soll dem Wunsche der Teschener Deutschen nach einer eigenen Verwaltung entgegengekommen werden, die vor der Abstimmung wissen wollen, ob Oberschlesien an Polen fällt oder nicht.

† Die polnischen Truppen wurden bei einem Angriff auf die estländischen Stellungen bei Narva unter blutigen Verlusten zurückgeschlagen.

† In amerikanischen Kreisen der Wüste ist man allgemein der Ansicht, daß der Friedensvertrag binnen einer Woche oder zehn Tagen nach dem Wiedereintritt des Kongresses mit den gemäßigten Vorbehalten angenommen

Local- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld, den 3. Dezember 1919.

— **Städtischer Lebensmittelverkauf** in der Woche vom 1. 12. bis 7. 12. Auf Marke 26: 50 Gramm Speisefett zu 60 Pfg. Auf Marke 27: 50 Gramm Rübol zu 68 Pfg. Auf Marke 31: 50 Gramm Auslandsmargarine zu 1,19 M. Verkauf: Mittwoch, Donnerstag, Freitag in den städt. Butterläden. Auf Marke 21: 250 Gramm Zucker für die Zeit vom 28. 11. bis 17. 12. (Melis, Pfund 1 M.). Auf Marke 35: 250 Gramm Kandis, braun 1,22 M., weiß 1,24 M. für 1 Pfund. Auf Marke 5: 125 Gramm grüne oder geschälte Erbsen, 1,30 1 Pfund. Verkauf am 2. 12. auf Kundenliste für Kolonialwaren. Auf Marke 3: ein Brief Süßholzwurzel zu 50 Pfg. Verkauf am 2. 12. in den Bielefelder Apotheken. Auf Marke 4 und eine Brotmarke: 250 Gramm inländisches 80 prozentiges Weizenmehl zu 21 Pfg. Verkauf am 2. 12. in den Bäckereien und Metzgereien. Bäder und Händler haben die Lebensmittelmarke Nr. 4 ausgestellt an die Einkaufsgenossenschaft der Bäderinnung, Weberstraße 3, abzuliefern. Auf Marke 6: 60 Gramm Kochsalz zu 45 Pfg. Verkauf am Dienstag und Mittwoch für die Einwohner des 1. und 3. Polizeibezirks. Die Einwohner des 2. und 4. Polizeibezirks werden in den nächsten Wochen mit Kochsalz beliefert. — **Fleisch und Wurst** wird noch besonders bekanntgegeben. Auf Magermilchmarke 7: Bis 1/4 Liter, je nach Eingang, Magermilch, 50 Pfg. 1 Liter, in den bekanntgegebenen Zeiten in den städt. Butterläden.

Kartoffelversorgung. Da sämtliche Kartoffelarten-Nr.

zur Belieferung des 1. Zentrums aufgerufen sind, werden die Abschnitte A, die Umtauschkarten A und die Quittungen über bezahlte Kartoffeln mit Sonnabend, den 6. Dezember 1919 ungültig. Wer also den ersten Zentner Kartoffeln noch nicht erhalten hat, muß die Kartoffeln bis einschließlich den 5. Dezember 1919 vom Ostbahnhof abholen. Nach Ablauf dieser Frist werden grundsätzlich nur noch solche Abschnitte A und Umtauschkarten A beliefert, die für zurückgegebene auf den Kreis Halle ausgestellte, aber nicht belieferte Bezugsscheine, ausgehändigt werden.

Der Abschnitt B der Kartoffelkarte wird mit 50 Pfund auf dem Ostbahnhof beliefert. Die an den einzelnen Tagen abzufertigenden Nummern werden täglich bis 9 Uhr vormittags an den bekanntgegebenen Stellen bekannt gegeben. Der Preis für die auf Abschnitt B zu liefernden Kartoffeln ist auf 12,50 M. für 100 Pfund ab Bahnhof festgesetzt, da auf Verfügung der Reichskartoffelstelle den Erzeugern seit 3. 11. 19 eine besondere Prämie von 2 M. pro Zentner gezahlt wird.

Die Kartoffeln müssen unbedingt an dem Tage, an dem sie bezogen sind, abgeholt werden.

— **Volkschule des Stadt- und Landkreises Bielefeld.** Wir machen an dieser Stelle noch einmal auf den heute stattfindenden Vortrag des Herrn Baer aufmerksam. Herr Baer, der mehrere Jahre in Rußland Kriegsgefangener war, wird von seinen Erlebnissen und von seiner Flucht berichten. Der Vortrag dürfte für weite Kreise Interesse haben. Er findet abends 8 Uhr in der Aula der Oberschule statt. Karten sind am Eingang sowie in der Geschäftsstelle, Viktoriastr. 3 a, für 1 M. zu haben.

Bücherschau.

Im Brunnen-Verlag Gießen erschien ein neues Buch von J. C. Sommerborn: „Der Oberamtmannshof“. Die Lektüre des Buches hat mich einige Stunden guten Nachschlafes gekostet. Es fesselt von Anfang bis zu Ende. Man merkt, das Buch ist von jemand geschrieben, der hineingekostet ins Leben, dem die Lösung sozialer Probleme am Herzen lag. Vielleicht ist die Hauptperson der Handlung, Frau Oberamtmann Schreiner, zu stark karikiert. Das Buch ist zu denen zu zählen, die man jedem empfehlen kann. Es kostet mit Teuerungszuschlag 7,70 M.

Tirpitz. Sein Leben und Wirken mit Berücksichtigung seiner Beziehungen zu Albrecht von Stosch, von Ulrich von Hassell, Oberstleutnant a. D. Mit 12 Bildtafeln, 15 Bogen Großformat geheftet Mk. 9.—, in Halbleinen gebunden Mk. 12.—, in Halbbroschur gebunden Mk. 18.—. Chr. Bessersche Verlagshandlung in Stuttgart. — Der Großadmiral Tirpitz Leben ist im vorliegenden Buche geschildert, seine innere und äußere Entwicklung, seine Jugendzeit, sein Wachsen und Werden, das Leben als Offizier und Staatsmann, seine Reisen und sein Familienleben; es bildet eine äußerst wertvolle vollständige Ergänzung zu den „Erinnerungen“. Hochinteressant sind die Mitteilungen über das Eingreifen der U-Boote und die Wirkung der U-Boote im Weltkrieg. Manchem wird gerade jetzt ein solches Lebensbild des viel umstrittenen Mannes willkommen sein.

Friedensangebot und U-Bootkrieg. Die Ausgabe des früheren Reichsanzeigers Weimann Hollweg vor dem Untersuchungsausschuß ist im Wortlaut im Verlage von Reimar Hobbing, Berlin, erschienen und zum Preise von 1,10 M. zu beziehen.

Lezte Nachrichten.

Neue Verhandlungen in Paris.

In Paris dürfte, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, am Montag eine neue Besprechung zwischen dem Gesandten v. Versner und Herrn Dutasta über die endgültige Ratifizierung des Friedensvertrages und über den Wortlaut des beigefügten Protokolls stattgefunden haben. Die Einwendungen, die von deutscher Seite erhoben werden, beziehen sich andauernd auf zwei Punkte: auf die geforderte Auslieferung der Schwimmböden und auf den Satz des Protokolls, dessen Annahme der französischen Regierung die Möglichkeit ließe, die deutschen Kriegsgefangenen auch nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages noch in Frankreich zurückzuhalten.

Die Drohung des Generals Nessel.

Zu der Drohung des Führers der Entente-Kommission für das Baltikum, Generals Nessel, Memel zu beschließen, wird von zuverlässiger Seite berichtet, General Nessel habe sich inzwischen bereit erklärt, eine Klarstellung des Sachverhalts über die Belagerung eines französischen Offiziers in Bajorien durch Soldaten der Eisernen Division zu veranlassen. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß Mannschaften des Detachements Böhme sich in Memel unbotmäßig benommen und nach Belagerung der Stationstafel auch die Postbeamten belästigt haben. Die Regierung wird gegen diese Uebergänge mit aller Schärfe vorgehen. — Die „Presse de Paris“ schildert in einem längeren Bericht die furchtbare Lage der deutschen Truppen im Baltikum. In dem Telegramm heißt es, daß die deutschen Truppen schwer unter Hunger und Kälte zu leiden haben, und daß viele an den Entsehrungen elend zugrunde gehen.

Die italienischen Sozialisten gegen die Zurückhaltung der deutschen Gefangenen.

Die italienische sozialdemokratische Partei beschloß, den Deputierten zwar zu leisten, aber dann sofort die Abschaffung des Eides für die Deputierten sowie für alle Staatsbeamten zu beantragen. Ferner erhob die Partei flammenden Protest gegen das aller Zivilisation höhnisch sprechende Verhalten Frankreichs, hunderttausende deutscher Kriegsgefangener in förmlicher Sklaverei zu halten.

Krieg Amerika-Mexiko.

Das Datum der Entsendung des Generals Pershing zur Inspektion der amerikanischen Truppen (etwa 100 000 Mann) an der mexikanischen Grenze hängt ab von der in dieser Woche in Washington erwarteten strikten Beantwortung der kategorischen Forderungen des amerikanischen Kriegsministeriums.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74. Amt Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld, Schleichbach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle: Millionär, Beienbröl, Bethel bei Bielefeld, Postfachkonto 7382 Hannover.

Zündel, Fr.
Johann Christoph Blumhardt
Ein Lebensbild.
Neu bearbeitet von Dr. H. Schneider.
6. Auflage, 418 Seiten, gut gebunden, kostet nicht wie in heute beilegendem Prospekt angezeigt Mk. 8.—, sondern Mk. 10.— und 10% Teuerungszuschlag.
Dies Buch bedarf keiner Empfehlung. Es ist herzerquickend und glaubensstärkend zu lesen. Für Prediger und Pfarrer eine Goldgrube für Seelsorge und Dienst.

Weihnachten in Bethel.
Je dunkler die Zeit und je mehr sich Lasten und Leiden häufen, desto nötiger brauchen wir alle einen Sonnenstrahl der Liebe, die durch das Kind von Bethlehem in die Welt gekommen ist. Wer möchte solches Licht nicht vor allem denen gern bringen, die durch Krankheit oder Einsamkeit besonders leiden müssen!
Fast 4500 Kranke aller Art, darunter mehrere hundert schwerverwundete und zum Teil aus langer Gefangenschaft heimgekehrte Soldaten wollen wieder in den Häusern von Bethel Weihnachten feiern.
Wer hilft uns, ihnen eine Freude zu bereiten? Alles ist uns willkommen, besonders Kleidungsstücke, Spiele, Bilder, Bücher, Zigarren und Tabak oder Geld, um das zu kaufen, was Große und Kleine erfreut. Je eher die Gaben in unserer Hand sind, um so lieber ist es uns!
Allen Freunden von Bethel sendet dankbare Weihnachtsgrüße
F. v. Bodelschwingh, P.
Bethel bei Bielefeld, im November 1919.
Postfachkonto: 1904 Hannover.

Deutscher Verein Arbeiterheim zu Bethel bei Bielefeld.
Gegründet: 1885 durch Pastor D. Friedrich von Bodelschwingh.
Zweck: Dem deutschen Familienkreis bei der Ansiedlung im Einfamilienhaus behilflich zu sein.
Hat in allen Angelegenheiten des Kleinrentnerwesens erteilt „offizielle“ die Geschäftsstelle des Vereins zu Bethel bei Bielefeld. Folglich ist auch eine Beratung im Hinblick auf die Erhaltung der untersteinsten, gegen Vereinnahmung von Nr. 1,75 zu beziehen.

Heilendenverband des Lv. Johannesstifts Spandau
nimmt christlich gesinnte, gesunde und arbeitsfreudige Mädchen von 18 bis 30 Jahren für die verschiedenen Zweige der Anstaltsarbeit, Wäsche, Küche, Kinderpflege, Erziehung, auf. Z. Zt. wegen vermehrter Arbeit Plätze frei. Meldungen an Pastor Bunke. Eintrittsbedingungen auf Wunsch.

Christrosen
Schönste Jugendschriften-Sammlung, künstlerisch feine, wahre Erzählungen aus Geschichte und Gegenwart.
70 verschiedene Hefen.
Große Ausgabe: Hef 55 Pfennig.
Kleine Ausgabe: Hef 30 Pfennig.
Bände 3,50 Mark.
Dazu 10% Teuerungszuschlag.
Verlag der Evangelischen Gesellschaft f. D. in Elberfeld

Volkschule
des Stadt- und Landkreises Bielefeld.
IX. Einzelvortrag
Mittwoch, den 3. Dezember, abends 8 Uhr, in der Aula der Oberschule.
Aus meiner Kriegsgefangenschaft. (Erlebnisse und Flucht.)
Otto Baer, Bielefeld.
Karten für Mk. 1.— abends am Eingang und in der Geschäftsstelle, Viktoriastraße 3a.

Gesucht ein älteres Mädchen
oder alleinst. Frau für ein Pflegehaus auf dem Lande zur Erziehung der Kinder bei der Pflege und Erziehung der Kinder und für die Nachhilfe Lohn 40 Mk.
Angebote an Hausvater Klammer, Kirchstraße.

Gebte Stickerin
für Hoch- und Flachstickmaschine gesucht.
Wilh. Struck, Soest, Kunst- und mechan. Sticker.

Verloren
am Samstag zwischen 11 und 12 Uhr auf dem Wege vom Bauamt nach Ophir ein Portemonnaie mit 3 Münzmarken. Der Finder wird gebeten, es im Bauamt abzugeben.

Aluminium.
Esslöffel per Dtz. Mk. 10.—
Kassettlöffel „ „ 7.—
Essgabeln „ „ 10.—
Tafelmesser „ „ 40.—
Dessertmesser „ „ 30.—
Vorleger „ „ 6.—
Holt sofort gegen Nachnahme
Metallwaren-Manufaktur
Kleinhammer, Kreis Atna.

A. BINARSCH
Messerschmied
BIELERLE
Niedernstraße 1.

Vervielfältigungs-Apparate
Farbbänder, Kohle- und Zureichungsapparate.
Briefordner, Abheftapparate, Schnellhefter, Locher, Formularfächer, Büromöbel, Klebstoffe, Blei- und Kopierstoffe, Federn, Tinte, Schreibzeuge, Bücher, Stempelstempel, -Farbe, -Öl, -färbende und sonstige Kontorbedarfsartikel liefert preiswert
Theodor Lack, Bürobedarfartikel, Oden-Ruhr, Vangerbedstraße 8.

Billige Uhren
echt Silber 88
Nikel „ 26
Beschläge 13
Alles Preisreduziert.
Uhren-Klinik
Bernh. Diersch, Memelstr. 7.

Tapetenreste
und zurückgesetzte Tapeten in großer Auswahl billigst.
Schröder & Baum,
Bahnhofstraße 43.